



im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises

Mitteilungen 16/2015

25. April 2015



Sehr geehrte Damen und Herren,

heute berichten wir über die Stellungnahmen der CDU-Fraktion bei der Kreistagssitzung am 21. April 2015.

Außerdem drucken wir eine kritische Stellungnahme zu den Überlegungen der Landesregierung zum „Gymnasium 2020“ ab.

Mit den besten Grüßen

Bruno Sauerzapf, Fraktionsvorsitzender

Urgestein des Kreistags geehrt

Landrat Stefan Dallinger überreichte Bruno Sauerzapf die Landkreismedaille in Gold des Landkreistags Baden-Württemberg



Urgestein des Kreistags geehrt - Landrat Stefan Dallinger überreichte Bruno Sauerzapf die Landkreismedaille in Gold des Landkreistags Baden-Württemberg

NEUES ANPACKEN - BEWÄHRTES BEWAHREN

CDU im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises

"Sie sind ein Mann der ersten Stunde und ein Urgestein des Kreistags des Rhein-Neckar-Kreises", sagte Landrat Stefan Dallinger, als er dem Kreisrat aus Leimen und Fraktionsvorsitzenden der CDU, Bruno Sauerzapf, in der jüngsten Kreistagssitzung in Neulußheim die Landkreismedaille in Gold des Landkreistags Baden-Württemberg überreichte und für seine 40-jährige erfolgreiche Tätigkeit als Kreisrat dankte

Seit 1973 gehört Bruno Sauerzapf dem Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises an. In den Folgejahrzehnten hat er "in allen Ausschüssen engagiert mitgearbeitet", würdigte Dallinger den langjährigen Kreisrat. Zunächst war Sauerzapf Geschäftsführer der CDU-Fraktion und Sprecher im Ausschuss für Umwelt und Technik, bevor er 1989 von Bernd Schmidbauer den Fraktionsvorsitz der CDU übernahm. In seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Kreisrat und Fraktionsvorsitzender der CDU im Kreistag hat Sauerzapf Investitionen in die beruflichen und Sonderschulen über 200 Millionen Euro mit zu verantworten, in der Abfallwirtschaft rund 168 Millionen Euro und in die sozialen Einrichtungen, also die Kliniken, Senioren- und Betreuungszentren sowie geriatrische Reha-Kliniken rund 284 Millionen Euro. Er sei ein strenger Verfechter einer soliden Finanzpolitik, so Dallinger in seiner Laudatio. Sei-

ne immense Sachkenntnis, die Begeisterung und Fähigkeit, sich auch in neue Themen einzuarbeiten, die ausgeprägte Kollegialität haben dem Rhein-Neckar-Kreis schon viele Vorteile gebracht. Auf seine besonnene und auf Ausgleich bedachte Art sei es zurückzuführen, führte der Landrat weiter aus, dass "der Konsens zwischen den Fraktionen des Kreistags gewollte Realität ist", besonders auch in Zeiten, in denen der finanzielle Spielraum enger gewesen war. Die Person Bruno Sauerzapf stehe dafür zu integrieren statt programmatisch zu polarisieren, ihm gehe es um Sachentscheidungen, nicht um Ideologien in der Kommunalpolitik, schloss Dallinger seine Würdigung und dankte Sauerzapf für die konstruktive Zusammenarbeit.

Bruno Sauerzapf dankte dem Landrat, den Kreistagskolleginnen und Kollegen sowie der Kreisverwaltung für das gute Miteinander. Er habe bisher neun Kreistage geführt von drei Landräten miterlebt. "Bei sämtlichen Entscheidungen, die das Kreisgremium seither getroffen hat, stand immer das Wohl der Menschen in unserem Landkreis im Mittelpunkt", so das Fazit von Bruno Sauerzapf.

Pressemitteilung des Landratsamtes Rhein-Neckar-Kreis

Stellungnahmen von Kreisrat Werner Knopf für alle Fraktionen des Kreistags zum Thema berufliche Schulen

Einrichtung neuer Schularten

„Nichts ist so sicher wie der Wandel“. Daran musste ich denken, als ich mich auf die heutige Sitzung vorbereitet habe. In den letzten 10 Jahren haben wir sicher etwa 30 neue Schularten an unseren Schulen im Rhein-Neckar-Kreis eingerichtet. Das zeugt davon, dass wir immer aktuell das Geschehen im Handwerk, Handel, Gewerbe und bei den Dienstleistungen beobachten. Es gibt keinen Stillstand. Sich dauernd verändernden Anforderungen im Beruf oder in völlig neuen Berufen machen es notwendig, dass der Rhein-Neckar-Kreis als Schulträger unverzüglich reagiert, wenn solcher Anforderungen abzusehen sind. Dass eine solche neue Schulart nicht im Windhundverfahren eingerichtet wird, ist sinnvoll und richtig. Daher darf ich heute im Auftrag aller im Kreistag vertretenen Fraktionen der Verwaltung den Dank für die Abstimmung mit den anderen regionalen Schulträgern aussprechen.

Wir haben einen Schulentwicklungsplan auf den Weg gebracht, der die Abstimmung mit den regio-

nalen Partner vorsieht, das ist richtig und gut so. Bei der Regionalkonferenz Rhein-Neckar-Odenwald Ende letzten Jahres wurde der Einrichtung dieser neuen Schulart im Rhein-Neckar-Kreis zugestimmt. An der Hubert-Sternberg-Schule in Wiesloch soll ein 2-jähriges Berufskolleg „Informations- und Kommunikationstechnische Assistenten“ eingerichtet werden. Es handelt sich hierbei um eine 2jährige Ausbildung im Vollzeitunterricht. Diese Ausbildung wird durch ein Betriebspraktikum ergänzt. Mit einem entsprechenden weitergehenden Angebot kann die Fachhochschulreife erworben werden. Wir wissen, dass solche Fachkräfte von vielen Betrieben gesucht werden. Dass dieser neue Schulstandort in Wiesloch eingerichtet werden soll, ist kein Zufall, es rundet das IT-Profil am Schulstandort Wiesloch, insbesondere an der Hubert-Sternberg-Schule ab. Dies entspricht auch unserem aktuellen Schulentwicklungsplan, welcher eine Konzentration der Informationstechnik in Wiesloch empfahl.

Dass kein zusätzlicher Raumbedarf entsteht, nehmen wir erfreut zur Kenntnis, wobei die Raumop-

timierung und damit die Zusammenarbeit am Standort Wiesloch als vorbildlich bezeichnet werden kann. Die Fraktionen der Linken, der Grünen, der FDP, der Freien Wähler, der SPD und schließlich der CDU stimmen dieser Einrichtung der neuen Schulart zu.



Kreisrat Werner Knopf

Wir bedanken uns bei der Verwaltung aber auch bei den Schulleitungen der einzelnen Schulen, die immer auf bestrebt sind, aktuelle Schulangebote anzubieten und damit den guten Ruf unserer Schulen weiterhin hoch halten und sogar noch zu verbessern.

Baufreigabe für die Louise-Otto-Peters-Schule

„Die Investitionen in Bildung sind lohnenswerte Investitionen und haben im Rhein-Neckar-Kreis absolute Priorität“ haben sie Herr Landrat Dallinger bei der Einweihung des naturwissenschaftlichen Zentrums in Wiesloch vor wenigen Tagen gesagt. Dies bestätigen alle im Kreistag vertretenen Fraktionen uneingeschränkt. Seit ich im Kreistag vertreten bin – und das sind immerhin schon mehr als 25 Jahre - haben wir Jahr für Jahr im Haushalt ausreichende Mittel für den laufenden Betrieb und die technische Ausstattung aber auch für Erneuerungs- und Erweiterungsbauten, für Generalsanierungen oder wie im vorliegenden Fall auch für Neubauten zur Verfügung gestellt. Dies geschah im Hinblick darauf, dass unsere Jugendlichen vor allem auf dem

Gebiet der beruflichen Ausbildung hervorragende Voraussetzungen vorfinden. Eine gute schulische Ausbildung und anschließend eine berufliche Qualifikation sind die besten Voraussetzungen, welche wir unseren Jugendlichen mit auf den Weg für ihr Leben geben können. Diese vorausschauenden Entwicklungen erfordern hohe Investitionen.

Die enorme Nachfrage im hauswirtschaftlichen-sozialpädagogischen Bereich erfordern nun entsprechende Kapazitäten für die Schüler in diesen Ausbildungsgängen. Während wir vor ca. 20 Jahren noch beschlossen haben, die Luise-Otto-in Hockenheim zu schließen dürfen wir nun Gott sei Dank den anderen Weg gehen.

Die Schule in Hockenheim wird derzeit von ca. 270 Schülerinnen und Schülern besucht, in den letzten Jahren konnten wir immer wachsende Schülerzahlen zur Kenntnis nehmen. Obwohl 2014/2015 ein geringer Rückgang zu verzeichnen ist, werden diese Berufe im sozialpädagogischen Bereich – ich nenne nur die Kleinkinder- und Kinderbetreuung- oder auch den Pflegebereich weitere Zuwächse erfahren. Das derzeitige Schulgebäude in Hockenheim wurde in den 60 Jahren gebaut, nach damaligen Standards, welche heute nicht mehr vermittelbar sind. Die Generalsanierung und die notwendigen Feuer- und Schallschutzmaßnahmen lagen bei einer Kostenschätzung von nahezu 5 Mio. Euro. Sicher der Neubau ist um ca. 4 Mio. teuer, dafür haben wir aber ein Gebäude, welches in den nächsten 30 bis 40 Jahren optimale Voraussetzungen für einen geordneten und zeitgemäßen Schulbetrieb gewährleistet.

Im Ausschuss haben wir uns auch über die Standards unterhalten und festgestellt, dass bei heutigen Baumaßnahmen der Passivhausstandard eingehalten werden muss. Das sind wir als Vorbildfunktion der jungen Generation schuldig. Man kann nicht immer nur von der Vermeidung von Treibhausgasen sprechen sondern muss auf diesem Gebiet auch tätig werden und Zeichen setzen. Wir meinen, dass die Mehrkosten von 640.000 Euro gegenüber der herkömmlichen Bauweise gerechtfertigt sind.

Sämtliche im Kreistag vertretenen Fraktionen, die Linken, die Grünen, die FDP, die Freien Wähler, die SPD und schließlich auch die CDU stimmen daher der Baufreigabe für den Neubau der Louise-Otto-Peters-Schule in Hockenheim mit Gesamtkosten von 9.470.000 Euro einstimmig zu. In diesem Beschluss ist auch die Zustimmung zur Inanspruchnahme von Klimaschutzmitteln des Rhein-Neckar-Kreises in Höhe von 640.000 Euro enthalten.

NEUES ANPACKEN - BEWÄHRTES BEWAHREN

CDU im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises

Stellungnahmen von Kreisrat Horst Althoff für die CDU-Fraktion zu den Jahresberichten 2014 und den Beteiligungsrichtlinien

Zu den Entwicklungen des Kernhaushaltes und des Eigenbetriebs Bau- und Vermögen für das Haushaltjahr 2014 und zu der Verabschiedung der Beteiligungsrichtlinien nahm Bürgermeister und Kreisrat Horst Althoff Stellung. Er führte dazu folgendes aus:



Kreisrat Horst Althoff

Jahresberichte 2014

- **Der Rhein-Neckar-Kreis hat insgesamt ordentlich und gut gewirtschaftet.**
- Der Ergebnishaushalt führte eine Punktlandung durch und weist ein ordentliches Ergebnis von 19,5 Mio. € aus.
- Dies resultiert insbesondere aus höheren Zuweisungen des Landes, einer deutlich Erhöhung bei der Grunderwerbsteuer und bei der Abfallwirtschaft.

- Negativ beeinflusst wurde das Ergebnis durch den Kompromiss mit dem Land bei den Landesstraßen Straßen, wobei kein Ausgleich für die entstandenen in Höhe von 2,9 Mio. € Defizite erreicht werden. Lediglich wurden die Mittel ab 2014 um 400.000 € erhöht, was voraussichtlich nicht ausreicht bei 2,8 Mio. € jährlichen Kosten nicht ausreichen dürfte.
- Beim Ordnungsamt schlagen die hohen Kosten Unterbringung der Flüchtlinge zu Buch, wobei Mehrkosten in Höhe von ca. 2 Mio. € entstanden sind, die noch vom Land auszugleichen wären. Dessen ungeachtet ist es eine Verpflichtung auch des Rhein-Neckar-Kreises die Flüchtlinge menschengerecht und gut zu betreuen.
- Sorgen bereitet die Entwicklung der Kosten des Jugendamtes mit einer Erhöhung von 4,8 auf insgesamt 52,5 Mio. € durch steigende Fallzahlen, mehr stationäre Unterbringung und die Übernahme von Teilnahmebeiträge in Kindertagesstätten zu Buche schlagen.
- Der Saldo aus der Investitionstätigkeit (Investitionen – Investitionszuschüsse) erhöht sich von geplanten 11,4 Mio. € auf 29,1 Mio. €, wobei geplante Investitionen aus 2013 in Höhe von über 15 Mio. € aus 2014 verlagert und finanziert wurden.
- **Der Eigenbetrieb Bau- und Vermögen habe ebenfalls gut gewirtschaftet und seine Aufgaben erfüllt.**
- Rund 12,5 Mio. € wurden in Schulen und Verwaltungsgebäude sowie für den Klimaschutz investiert.
- Die Liquidität des Kreises war stets gewährleistet.
- Die Verschuldung wurde von 97 auf 91 Mio. € reduziert.

Verabschiedung der Beteiligungsrichtlinien

Die Beteiligungsrichtlinien regeln das Verhältnis des Kreistags und der Kreisverwaltung mit den Gesellschaften des Kreises (AVR, GRN, Stift Sunnheim). Sie bilden künftig die Grundlage für die Zusammenarbeit mit den Kreisräten als Aufsichtsräte, zwischen den Geschäftsführungen der Gesellschaften und der Beteiligungsverwaltung des Kreises. Größtenteils wird in den Richtlinien festgehalten, was seit langem schon erfolgreich praktiziert wurde. Die CDU-Fraktion stimmte den Beteiligungsrichtlinien zu.

Stellungnahmen der CDU-Fraktion von Kreisrat Volker Pauli zu Fragen der Abfallwirtschaft

Festlegung des Selbstkostenfestpreises



Kreisrat Volker Pauli

Nach 2014 soll auch für das Jahr 2015 ein Unternehmerentgelt in Form eines Selbstkostenfestpreises zwischen der AVR Kommunal und dem RNK vereinbart werden. Vorher galt ein Selbstkostenerstattungspreis in dem alle anfallenden Kosten 1:1 auf Basis des Wirtschaftsplans der AVR Kommunal abgerechnet wurden. Aber es gab immer Diskussionen über den Gewinnzuschlag.

Es wäre auch vorher richtiger gewesen, mit dem Selbstkostenfestpreis wie in den Jahren 2004-2007 zu arbeiten. Laut Sachverhalt, ist das Entgelt an marktüblichen Preisen festzulegen, soweit auch die Leistungen der Gesellschaft in etwa vergleichbar sind. Natürlich sind auch hier die einschlägigen Vorschriften zu beachten.

Ab 2016 soll dann ein 3 jähriger Selbstkostenfestpreis auf der Grundlage des Wirtschaftsplans ermittelt werden. Die beiden Summen 36,7 Mio. € und 33,9 Mio. € zeigen, was die AVR Komm. maximal in Rechnung stellen könnte

und was für 2015 in Rechnung gestellt werden wird. Nämlich 39,3 Mio. € das sind 33,9 Mio. € plus Umsatzsteuer. Diese 39,3 Mio. € sind ein Preis ohne kalkulatorische Gewerbesteuer und ohne Gewinnzuschlag. Der Grund dafür ist (betonen): keine Gebührenerhöhung, sondern Gebührenstabilität für unsere Kreiseinwohner/innen.

Die CDU-Kreistagsfraktion stimmt dem Selbstkostenfestpreis zu.

Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes

Die Einleitungen in den Vorlagen für Änderung der Abfallwirtschaftsatzung begannen bisher immer mit dem Satz: Ich zitiere: „ Der Rhein-Neckar-Kreis verfügt ein modernes und zukunftsorientiertes Abfallwirtschaftssystem.“ Die gesetzlichen Vorgaben bestimmen, dass öffentliche Entsorgungsträger gehalten sind, Abfallkonzepte zu erstellen.

Das Konzept des RNK wurde erstellt, im Jahre 2004 fortgeschrieben und hat heute noch Bestand. Es gilt immer noch die Überschrift: Vermeidung, Verwertung und Entsorgung. Nach der Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes 2012 mit wesentlichen Änderungen, des aktualisierten Abfallwirtschaftsplans des Umweltministeriums, sowie der Aufforderung durch das RP, sind wir gehalten unser modernes und zukunftsorientiertes Abfallwirtschaftssystem fortzuschreiben.

Wir Alle wissen, dass Konzepte nur greifen wenn sie

- **in realisierbar durchführbar,**
- **bezahlbar sind.**

Das trifft genau auf das Abfallkonzept des RNK zu. Dieses System läuft sehr gut, vielleicht sogar hervorragend. Vor kurzem hat der Bundesgesetzgeber das Elektrogerätegesetz geändert. Mit dem Inhalt: Händler mit einer Elektroverkaufsfläche > 400m² sind verpflichtet ausrangierte Geräte kostenlos zurückzunehmen. Kleinere Geräte generell kostenlos, größere Geräte beim Kauf eines gleichwertigen neuen Gerätes. Die Argumentation des BUMs lautet: „ Das Vorhaben sei Voraussetzung für hochwertiges Recycling und helfe, wertvolle Ressourcen zu schützen.“ Der Handel hauptsächlich der Online-Handel ist damit nicht einverstanden, befürchtet man doch eine Paketschwemme mit zu entsorgendem Elektroschrott. Eines ist sicher. Dieser Schrott wird unserer Abfallwirtschaft entzogen.

Wir in der CDU-Fraktion hoffen und wünschen nicht, dass eine Gesetzesänderung in Kraft tritt, die eine nochmalige Trennung der Fraktion für die

„grüne Tonne plus“ fordert. Trennung des Papiers von den übrigen Wertstoffen. Das würde einen zusätzlichen Behälter bedeuten. Wie könnte das von den Kreiseinwohner/innen aufgenommen werden?

Der RNK hat mit der Einführung der freiwilligen und gebührenfreien Bioenergie die bisher gesetzl. vorgegebene Trennung umgesetzt. Das Land fordert für 2020 eine Menge von 60 kg/je Einwohner jährlich. RNK in 2014 bereits 76,57 kg/je Einwohner jährlich.

Der Inhalt der BioEngT. wird in Kürze im RNK energetisch verwertet werden.

Das vorgelegte Konzept ist sehr ausführlich und übersichtlich dargestellt. Wichtig ist unter Punkt 10:

Die konzeptionellen Maßnahmen der nächsten 10 Jahre

- Zielvorstellung: Rest-, Biomüll und grüne Tonne plus
- Zitat: Eine Änderung des Systems ist nicht vorgesehen.

D. h. Weiterhin kein Anschluss und Benutzerzwang für die BioEnergieTonne. Also auf freiwilliger Basis. Diese Tonne ist ein Erfolgsmodell. Waren im Jahre 2013 fast 84.800 Behälter im RNK verteilt, sind wir mittlerweile bei rund 89T Behälter. Das beweist die große Akzeptanz der BioEngTonne in der Bevölkerung, was auch der geringe Störstoffanteil von < 2% bestätigt.

Ich möchte auch noch auf die Altkleidersammlung in Zusammenarbeit mit karikativen Organisationen hinweisen. Die anderen konzeptionellen Maßnahmen: z.B. Vermeidung von Lebensmittelabfällen usw. bedürfen einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit. Warum ein Konzept/System, um das uns manches andere Bundesland beneidet, ändern? Dafür gibt es keinen sachlichen Grund.

Vielen Dank Frau Deschner und Ihrer Frau/Mannschaft für diese gute Vorlage. Die CDU stimmt zu.

Existenz der beruflichen Gymnasien gefährdet?!



Der Berufsschullehrerverband Baden-Württemberg lehnt das Projekt „Gymnasium 2020“ im Hinblick auf die beruflichen Gymnasien ab. Denn das Projekt „Gymnasium 2020“ des Kultusministeriums Baden-Württemberg zielt darauf ab, Schülerinnen und Schülern von Gemeinschafts- und Realschulen ohne zweite Fremdsprache den Übergang in die Klasse 10 des allgemeinbildenden Gymnasiums zu ermöglichen. Eine zweite Fremdsprache soll dort aufgenommen und auf B-Niveau bis zum Abitur fortgeführt werden.

Schülerinnen und Schüler mit mittlerem Bildungsabschluss gehen derzeit auf ein berufliches Gymnasium, ein Berufskolleg oder in eine duale Ausbildung. Einmal mehr – und vor allem mit Blick auf

die Landtagswahlen 2016 – versucht die Landesregierung, die Gemeinschaftsschulen mit allen Mitteln als Erfolgsmodell zu inszenieren. Das „Gymnasium 2020“ schafft kostenintensive Doppelstrukturen, schadet der regionalen Wirtschaft und verkennet die hohe Qualität Beruflicher Schulen, die sich als Schulen des Bildungsaufstiegs seit Jahrzehnten bewährt haben.

Wie den CDU-Kreisrätinnen und –Kreisräten durch Mitteilungen eine Anfrage des Abgeordneten Georg Wacker weiterhin bekannt wurde, hat eine Arbeitsgruppe „Gymnasium 2020“ bereits vor geraumer Zeit dem Kultusminister ein Bündel von Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Gymnasiums vorgelegt. Die vielfältigen Vorschläge sollen sich insbesondere auf die Sicherung der hohen Qualität des baden-württembergischen Gymnasiums beziehen. Dabei wächst die Sorge an den beruflichen Gymnasien, dass durch die Veränderung ihre Existenz beeinträchtigt wird.

Die beruflichen Gymnasien leisten einen wichtigen Beitrag für den im baden-württembergischen Schulsystem geltenden Grundsatz „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Sie bieten den passgenauen Anschluss an die erfolgreiche und bewährte praxisorientierte Arbeit der Werkrealschulen und Realschulen. Im Bildungsmonitor des Instituts der deutschen Wirtschaft erhalten die beruflichen Gymnasien

NEUES ANPACKEN - BEWÄHRTES BEWAHREN

CDU im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises

regelmäßig Spitzenbewertungen. Daher wundern die Pläne des Kultusministeriums, die allgemeinbildenden Gymnasien im Land künftig weiter für Absolventen der Realschule, Werkrealschule bzw. Gemeinschaftsschule, unabhängig von einer bereits erlernten zweiten Fremdsprache, zu öffnen. Dies droht die Arbeit der erfolgreichen und hervorragend arbeitenden beruflichen Gymnasien nachhaltig zu gefährden. Gerade kleinere berufliche Schulstandorte stünden vor einer ungewissen Zukunft.



Denn um an einem allgemeinbildenden baden-württembergischen Gymnasium die allgemeine Hochschulreife zu erlangen, ist eine zweite Fremdsprache Pflicht. Die beruflichen Gymnasien bieten für Absolventen der Realschule, Werkrealschule und Gemeinschaftsschule, die bislang keine zweite Fremdsprache erlernt hatten, in der Oberstufe spezielle Kompaktkurse zum Erlernen der zweiten Fremdsprache. Für diese Schülerinnen und Schüler bietet sich so eine passgenaue Anschlussmöglichkeit hin zum Abitur. Es ist daher wenig zielführend, den Absolventen der Realschule, der Werkrealschule und der Gemeinschaftsschule den Zugang auf ein allgemeinbildendes Gymnasium zu erweitern. In der Aufnahme zusätzlicher Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Leistungsvoraussetzungen ist eine grundsätzliche Gefahr für die Qualität der allgemeinbildenden Gymnasien verbunden, da ab Klasse 10 eine deutlich heterogenere Schülerschaft bestehen könnte. Doppelstrukturen kosten viel Geld und belasten den Steuerzahler.

Daneben besteht Gefahr des massiven Verlusts an Schülerinnen und Schüler für die beruflichen Gymnasien, was gerade für kleinere Standorte existenzbedrohend sein kann. Für den Rhein-Neckar-Kreis als Schulträger der beruflichen Gymnasien drohen Investitionsruinen; für die Wirtschaft der Verlust von berufsnah qualifizierten Abiturienten.

Bisher bieten die beruflichen Gymnasien genau diesen Weg des Einstiegs in die Oberstufe ohne zweite Fremdsprache und erfüllen damit ein zentrales bildungspolitisches Merkmal des Bildungssystems unseres Bundeslandes. Durch die angedachten gravierenden strukturellen Änderungen in den allgemein bildenden Gymnasien und die geplante Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen werden die Beruflichen Gymnasien mit ihrem derzeit flächendeckend hervorragenden Angebot zunehmend an Bedeutung verlieren und ins Abseits geraten.

Dieser Entwicklung muss konstruktiv entgegengesteuert werden

Bruno Sauerzapf, Vorsitzender der CDU – Kreistagsfraktion Rhein-Neckar

Kontakt

CDU im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises
Bruno Sauerzapf, 69181 Leimen, Grauenbrunnenweg 15

Telefon (06224) 73243
FAX (06224) 921639
E-Mail: B.Sauerzapf@t-online.de
Internet: CDU-RNK.de



Kreistagsfraktion Rhein-Neckar